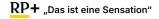
RHEINISCHE POST



RW > Städte > Kleve

Kleve: Nach 15 Jahren am Ziel – Neuer Flächennutzungsplan steht vorm Beschluss





Nach 15 Jahren am Ziel - Kleves neuer Flächennutzungsplan steht vorm Beschluss

Kleve · In der Lokalpolitik herrscht eine gewisse Euphorie: Der neue Flächennutzungsplan ist nach jahrelangen Verzögerungen fast beschlussreif. Damit könnte ein für die Zukunft wichtiges Verfahren zu Ende geführt werden, das seit 2010 wie eine Endlosposse wirkte. Diskussionen gibt es über die umstrittene Querspange.

23.09.2025, 05:15 Uhr · 5 Minuten Lesezeit



Der Flächennutzungsplan legt fest, wie sich Kleve künftig entwickeln kann – von Wohn- und Gewerbegebieten bis hin zu Verkehrswegen und Grünflächen.



Von <u>Maarten Oversteegen</u>

Die Klever Lokalpolitiker waren in der jüngsten Sitzung des Bau- und Planungsausschusses geradezu euphorisch – ein seltenes Bild. Der Ausschussvorsitzende Werner Verhoeven (CDU) sprach im Ratssaal gar von einer "Sensation", denn: Der neue Flächennutzungsplan (FNP) für die Stadt Kleve ist fast im Ziel.

Wenn der Rat nun für den Feststellungsbeschluss sorgt, und damit ist zu rechnen, könnte der FNP noch 2025 in Kraft treten. "Der alte Flächennutzungsplan besteht seit 1976. Die Einleitung für dieses neue Verfahren ist im Sommer 2010 ergangen", sagte Verhoeven. Und: "Seit 2010 behandeln wir den Flächennutzungsplan und versuchen, für die Stadt da auf einen besseren Stand zu kommen." Das Prozedere avancierte längst zur Posse.



"Wir sorgen sehr wohl für bezahlbaren Wohnraum"



Zum Hintergrund: Der Flächennutzungsplan legt fest, welche Flächen wie genutzt werden können, wo Bauerwartungsland sein kann, wo landwirtschaftliche Flächen sein sollen, Straßen hinkommen, wo Geschäftsbereiche entwickelt werden können. Der neue Plan umfasst das gesamte Stadtgebiet und ist auf eine Entwicklung bis 2030 ausgerichtet.

Bürgermeister Wolfgang Gebing (CDU) sagte im Ausschuss: "Ich wäre froh, wenn wir es schaffen würden, noch in dieser Ratsperiode einen rechtskräftigen Flächennutzungsplan zu bekommen." Das Verfahren sei eine "endlose Geschichte" geworden, die Bezirksregierung habe "sehr kleinteilig" geprüft. "Es ging immer wieder um Details", sagte der Verwaltungschef.



Endlos-Projekte im Kreis Kleve - so steht es um die geplanten Ortsumgehungen



Zudem habe Bundesgesetzgebung im Weg gestanden. Im Kontext des Bahn-Großprojektes "Stuttgart 21" sei ein "wildgewordener Bundestagsabgeordneter" unterwegs gewesen, der erreicht habe, "dass die Umwidmung von Bahnflächen erschwert wurde, dass die Umwidmung zu Wohnzwecken kaum mehr möglich war." Die Regelung sei geradezu ins Gesetz "geschummelt" worden, sagte Gebing. Das habe auch die Aufstellung für Kleve deutlich erschwert.

Mittlerweile habe die Bundesregierung aber dafür gesorgt, dass der Passus raus aus dem Gesetz ist. So hat die Aufstellung Fahrt aufgenommen. Das sei auch deshalb wichtig, weil die Bezirksregierung zuletzt Druck gemacht habe. Mittlerweile hat die Klever Politik nämlich über 130 Änderungen des alten Flächennutzungsplans verabschiedet. "Die Bezirksregierung hat das immer mitgemacht, aber signalisiert, dass es bald zu einem Konflikt kommen könnte", sagte Gebing. Kurzum: Es braucht dringend einen neuen FNP.



Niederlande starten Projekt zum Autobahnausbau



Anne Fuchs, Stadtverordnete für die Offenen Klever, kündigte an, dass ihre Fraktion gegen die Neuaufstellung in der vorliegenden Form stimmen werde, etwa, weil die Kellener Ortsumgehung B220n und die Querspange entlang der Eichenallee weiter Teil des Flächennutzungsplans seien. "Diese Projekte haben keine Zukunft, wenn man Kleve klimatechnisch ordentlich aufstellen möchte", sagte Fuchs. Gebing reagierte, dass die B220n für eine erhebliche Verbesserung der Verkehrssituation in Kellen sorgen könne. "Dann würden die Lkw nicht mehr auf der Emmericher Straße im Stau stehen – und das ist auch gut für die Umwelt", sagte Gebing.

Josef Gietemann (SPD) erklärte, dass seine Fraktion nach "reiflicher Überlegung und Abwägung" zustimmen werde, auch wenn man mit Blick auf die Querspange "erhebliche Bauchschmerzen" habe. Er erinnerte daran, dass sich gegen das Verkehrsprojekt einst Bürgerinitiativen in Donsbrüggen und Rindern formiert hätten. Der Sozialdemokrat sagte auch: "Ich gehe davon aus, dass der politische Deal weiter trägt, dass die Querspange nicht neu geprüft wird, bis die B220n in Funktion ist."



Was wird aus dem KAG-Gelände in Kellen? "Wir sollten in die Planung einsteigen"



Zudem verwies der Stadtverordnete darauf, dass die Niederländer derzeit an einem lange ersehnten Lückenschluss bauten. RP+ So soll, wie berichtet, die A15 auf einer Strecke von zwölf Kilometern zwischen Zevenaar und Nimwegen und über den Pannerdenschen Kanal hinweg zur A12 hin verlängert werden. "Ich gehe davon aus, dass dadurch mittelfristig auch der Bedarf für eine Querspange abnimmt", sagte Gietemann. Und Gebing fügte an: "Die Verwaltung hat die Querspange in den nächsten Jahren auch nicht im Fokus." Man priorisiere vorerst die Kellener Ortsumgehung B220n, zumal sie zeitnäher zu realisieren sei: Der Planfeststellungsbeschluss soll noch in diesem Jahr vorliegen.

Der Tagesordnungspunkt "Neuaufstellung des Flächennutzungsplans der Stadt Kleve" steht in der letzten Sitzung des "aktuellen" Rates am Mittwoch, 8. Oktober, auf der Tagesordnung. Im Bau- und Planungsausschuss votierte eine deutliche Mehrheit für den Feststellungsbeschluss.

(ove)



Persönlichen Link kopieren und diesen Artikel mit bis zu 10 Freunden teilen 🛗

Link kopieren